Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 22

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

heit beraubt werden. c. Das Recht des Angeklagten auf Verteidigung wird verletzt (Advokaten werden vor den Versammlungen nicht zugelassen, sondern lediglich von der «Gemeinschaft» bestimmte Verteidiger ohne Sachkenntnisse, die überdies gegen den Angeklagten wirken, d. h. in seinem parteiverstandenen Interesse für Arbeitserziehung plädieren). Es gibt keine Berufungsmöglichkeit.

Wo ist da noch der Unterschied zu Stalins MWD-«Sonderkommission»? Das Strafmass jedenfalls ist mit der Deportation auf fünf Jahre angeglichen worden. Dass die durch keinerlei juristische Kenntnisse belasteten «Volksrichter» willfährige Werkzeuge der Partei sind, ist selbstverständlich.

Der Tod für Wirtschaftsvergehen

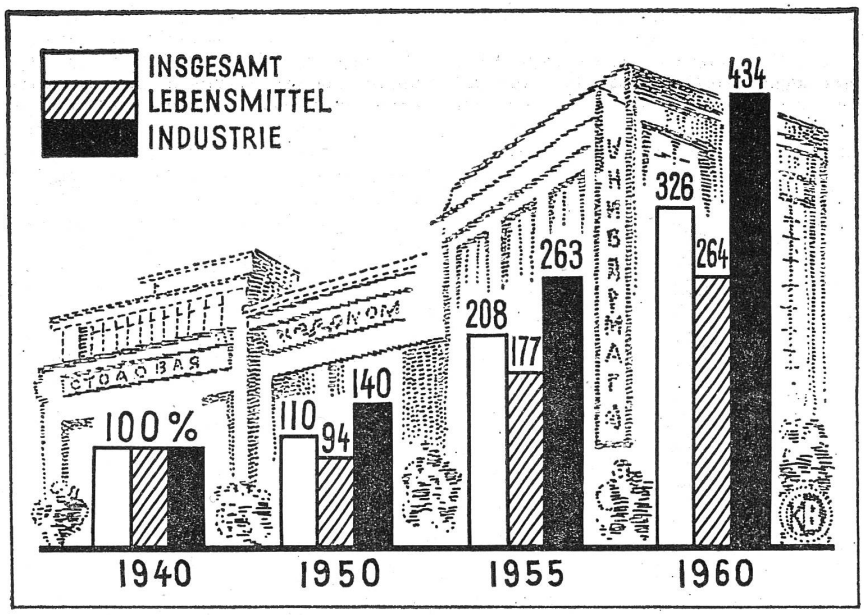
Die durch das Dekret vom Obersten Sowjet der Sowjetunion am 7. Mai 1961 verkündete Todesstrafe für Wirtschaftsvergehen (KB Nr. 18, 19, 20) verstösst sowohl gegen das StGB der RSFSR als auch gegen die Grundsätze von 1958. Die gesetzliche Höchststrafe für solche Handlungen (Diebstahl am Staats- und Gemeinschaftseigentum, Herstellung von Falschgeld) beträgt zehn Jahre Freiheitsentziehung (Art. 89).

Das Dekret weist auf die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten hin, worauf schon die ganze moralische Kampagne gegen Gesellschaftsschädlinge und Parasiten hatte schliessen lassen. (Obwohl die Presse bis in die letzte Zeit immer wieder vom «statistisch nachweisbaren» Rückgang der Delikte gesprochen hatte.) Was allerdings von den Statistiken zu halten ist, zeigt der letzte Ukas des Präsidiums des Obersten Unionssowjets über das Verfälschen von staatlichen Rechenschaftsberichten und unrichtigen Angaben zur Planerfüllung (siehe KB Nr, 21). Die fehlbaren Funktionäre, die immerhin ziemlich hoch sitzen müssen, können nun für solche Vergehen mit Freiheitsentzug bis zu drei Jahren bestraft werden.

Es geht weiter

Die Tendenz zur Strafrechtsverschärfung geht weiter. Bereits forderte das offizielle Organ des Instituts für Staats- und Rechtswissenschaft in der Akademie der Wissenschaften, die «Sowjetskoje Gosudarstwoi Prawo», einen Ergänzungsparagraphen zum StGB («über schlechtes Benehmen im Gefängnis»), um Haftentlassene, bei denen keine richtige Bekehrung ersichtlich ist, länger gefangen zu halten. Das neue Urteil soll nicht auf Grund neuer Straftaten erfolgen, sondern lediglich auf Grund des ungünstigen Eindrucks während der Strafverbüssung. Indirekt wäre auch das wieder eine Rückkehr zur stalinistischen Praxis. Bis 1954 wurden Delinquenten, die sich ideologisch unbefriedigend verhielten, nach der Strafverbüssung einfach ohne neues Urteil in KZ-Lager übergeführt. Nun soll die Sitte wieder eingeführt werden, lediglich mit dem legalen Anstrich eines «rechtlichen» Verfahrens.

Chruschtschew ist also schon seit längerer Zeit daran, zur stalinistischen Willkürherrschaft zurückzukehren. Unterschiede bestehen im Ausmass (wenigstens bisher) und vor allem in der Taktik, die subtiler angefasst wird.



Produktion

Sowjetunion

Die fehlende Präzisierung

Es ist kein Zufall, dass sich zur Zeit der grossen britischen Industrie-Ausstellung in Moskau die Darstellungen über die Erhöhung des Lebensniveaus in der Sowjetunion in der Landespresse häufen. Die zahlreichen vergleichenden Kurven über Kohle- und Stahlproduktion, über Bauvolumen und Maschinenindustrie machen in diesen Tagen vermehrt schönen Erfolgsstatistiken über Lebensmittel und Verbrauchswaren Platz. Die Tausende von Sowjetbürgern, die täglich britische Konsumgüter betrachten und sich mit eigenen Händen überzeugen, dass die vielen ausgestellten Lederwaren tatsächlich nicht synthetische Produkte sind, müssen gegenwärtig, wenigstens auf dem Papier, überzeugt werden, dass es ihnen ebenfalls sehr gut geht.

Chruschtschew erklärte anlässlich der Messeeröffnung, die sowjetische Schwerindustrie sei jetzt aufgebaut und bedürfe keiner Vorzugsstellung mehr. Vielmehr werde jetzt die Produktion von Konsumgütern verstärkt. Bezeichnenderweise fand diese Aussage keine Aufnahme in der sowjetischen Presse, denn allzuleicht hätte sich die Bevölkerung an die genau gleichen Versprechen erinnert, die nicht eingehalten wurden.

Und was die Sowjetunion vermehrt an Konsumgütern produzieren wird, ist in erster Linie für den Export und nicht für die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung bestimmt. Ein Grund mehr für Chruschtschew, sich mit seiner Ankündigung nur an die kapitalistische Presse zu wenden.

Die «Sowjetskaja Torkowlja» veröffentlichte am 18. Mai eine ganze Serie graphischer Erfolgsbilder unter dem Titel «Reich wird der sowjetische Staatsbürger». Vorläufig veröffentlichen wir eine darnach verfertigte Zeichnung über den Produktionszuwachs in den letzten 20 Jahren. Man sieht den Willen, aufzuzeigen, dass die Lage auf dem Lebensmittelmarkt sich kriegsbedingt erst langsam bessern konnte, sich nach 1950 aber günstiger gestaltet habe sich weiterhin gut entwickle. Für die industrielle Entwicklung aber fehlt eine Unterscheidung, die gerade für den «Reichtum» des einzelnen Sowjetbürgers von grösster Bedeutung ist: Die Trennung von Schwer- und Leichtindustrie. Wäre sie aufgezeigt worden, hätte der Leser nämlich ein beträchtlich weniger günstiges Bild von der Vorsorge für sein persönliches Wohl gewonnen. Die Säule der Schwerindustrie hätte ein höheres Bildformat bedingt, während die Leichtindustrie viel tiefer zu liegen gekommen wäre. Daran aber will man in diesem Fall nicht erinnern, wenn der Bürger sehen soll, wie gut es ihm geht, und nicht, wie gut es der Staatsmacht geht.

Die britische Industrie-Ausstellung im Sokolniki-Park von Moskau zählt 677 Teilnehmer an 725 Ständen. Zur Verteilung gelangen 25 Tonnen Prospekte. Im Juli wird in London eine sowjetische Industrie-Ausstellung eröffnet.

Aussenhandel

Ostblock

COMECON-Rivalitäten

Die Sowjetunion will in ihren Exporten nach den kapitalistischen Ländern ihre Comecon-Partner im Ostblock konkurrenzieren.

Wie verlautet, sucht Moskau in den angeblich laufenden Handelsgesprächen mit Grossbritannien nicht nur durch einen langfristigen Handelsvertrag die englische Exportindustrie in die sowjetische Planung einzubeziehen (was ganz im Rahmen der kommunistischen Strategie in den Wirtschaftsbeziehungen zum Westen liegt), sondern bietet auch jene landwirtschaftlichen Produkte in vermehrtem Masse an, die zu den wichtigsten Exportartikel anderer sozialistischer Staaten an Grossbritannien gehören. Es handelt sich namentlich um Speck und Schinken, die sowohl für Polen als auch für Ungarn bei ihrem Handel mit England zu den wichigsten Gegenleistungen gehören, deren Kontingente man ständig zu erhöhen sucht. Gerade Polen mit seiner negativen Handelsbilanz ist zur Sicherstellung der

lebenswichtigen Westimporte auf verstärkte Ausfuhr dieser Produkte angewiesen. So sieht der gegenwärtige Fünfjahresplan 1961 bis 1965 eine Ausfuhrerhöhung von 100 Prozent für Schinken und Butter und von 80 Prozent für Geflügel vor (obwohl der Inlandmarkt mit diesen Erzeugnissen nur ungenügend beliefert ist).

Unter diesen Umständen kommen die sowjetischen Angebote einer empfindlichen Konkurrenzierung der Freunde im sozialistischen Lager gleich, ganz abgesehen davon, dass die Koordination des Comecon-Aussenhandels einmal mehr über den Haufen geworfen würde. Ob freilich Grossbritannien, das nicht nur auf seine Bindungen mit der Ostblockwirtschaft, sondern vor allem innerhalb des Commonwealth Rücksicht zu nehmen hat, auf die sowjetischen Pläne eingehen wird, ist eine andere Frage. An der grundsätzlichen Bereitschaft des Kremls, unbeschadet um die Bedürfnisse seiner Satelliten zu Verträgen zu gelangen, ändert das nichts.

Die chinesischen Fahrradwerke in Peking, Shanghai, Tientsin und Canton haben 1960 insgesamt zwei Millionen Velos produziert. Noch vor wenigen Jahren war China ein bedeutender Abnehmer der Ostblockproduktion in dieser Sparte, aber seit 1959 erscheint es in zunehmendem Masse als Konkurrent vorwiegend auf den freien Märkten.

Polen

Währungsgleichheit

Gerade in diesen Tagen hatte die Warschauer Wirtschaftszeitung «Zycie Gospodarcze» Gelegenheit, folgende Leserfrage zu beantworten: «Könnte man nicht im ganzen sozialistischen Lager eine einheitliche Währung einführen?» Das wäre, so führt das Blatt aus, «gleichbedeutend mit der völligen Vereinigung der einzelnen Organismen in einen einzigen wirtschaftlichen Organismus, also in gewissem Sinn mit dem Verlust der Unabhängigkeit der einzelnen Länder.» Die Wünschbarkeit nationaler Souveränität wird übrigens — und das ist für die bald durchgeführte völlige Gleichschaltung Polens kennzeichnend — nicht politisch begründet, sondern lediglich mit Theorien von Wirtschaftlichkeit und Gesellschaftsentwicklung: «Das (der Verlust der Unabhängigkeit) würde nämlich die Vereinheitlichung der in diesen Ländern herrschenden wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen erfordern; Bedingungen, die *noch nicht* identisch sind.

Jedes Land hat andere Naturschätze und befindet sich auf einem andern Niveau der Wirtschaftsentwicklung... Dieser Zustand verunmöglicht es, einen gemeinsamen Nenner für die Wirtschaftssituationen aller Länder zu finden, der für eine einheitliche Währung Voraussetzung wäre.»

Soweit das Warschauer Blatt. Es hat bis zu einem gewissen Grad recht. Die Sowjetunion anerkennt das Anderssein ihrer Satelliten, soweit es darum geht, sie zu übervorteilen.

Im übrigen rechnen die Ostblockstaaten in ihren Aussenhandelsbeziehungen praktisch doch in einer Währung: in Dollar.

Ein geschiedenes Ehepaar sollte nicht mehr mit dem neuen Ehepartner des einen Teils in der gleichen Wohnung leben müssen. Eine solche Forderung zu erheben, sieht sich die «Zycie Warscawy» vom 26. Mai angesichts der drückenden Wohnungsnot in Polen veranlasst. Solche und ähnliche Selbstverständlichkeiten sind in der Praxis noch keineswegs geregelt, wenn auch letztes Jahr ein Rundschreiben des Ministeriums für Kommunalwirtschaft an die örtlichen Räte die ärgsten Missstände bei der manchmal in unsinnigster Weise bürokratisierten Wohnraumzuteilung zu beheben suchte. Aehnliche Zustände sind im Ostblock übrigens fast überall zu finden. In der Sowjetunion ist es in der Nähe Moskaus vorgekommen, dass zwei Gerichtsinstanzen die Klage eines Mannes abwiesen, der zusammen mit seiner geschiedenen Frau und ihrem zweiten Ehemann ein einziges Zimmer bewohnte. Erst nach wiederholtem Appellieren konnte ihm ein anderes Zimmer zugewiesen werden.

Öffentliche Meinung

Jugoslawien

1. Tito, 2. Nasser

Fast ebensoviele Mittelschüler wollen in Serbien Berufssportler werden wie Lehrer, wenn einer Umfrage der jugoslawischen Zeitung «Mladost» repräsentative Bedeutung zukommt.

An der Befragung, deren Resultate am 24. Mai veröffentlicht wurden, nahmen 2334 Schüler aus 40 grösseren und kleineren Städten der Teilrepublik Serbien teil. Die Fragebogen enthielten 40 einzelne Fragen, die auch teilweise beantwortet werden konnten. Als populärster Staatsmann hinter Tito, der selbstverständlich den ersten Platz einnahm, wurde mit 774 Stimmen der VAR-Präsident Nasser ermittelt, ein Ergebnis, das beim aussenpolitischen Kurs Belgrads keineswegs verwundert.

Eigenartig sind die geäusserten Berufswünsche. Ingenieure stehen am höchsten im Kurs (242 Stimmen), gefolgt von den Lehrern (185) und dann bereits von den Berufssportlern (182). Allerdings dürfte das Bild durch die wohl noch nicht als endgültig zu wertenden Antworten der jüngeren Altersstufen beeinflusst worden sein. Immerhin scheint es ins Volksbewusstsein gedrungen zu sein, dass beispielsweise gute Fussballspieler im Gegensatz zu Fachleuten vieler Branchen eigentliche Grossverdiener sind (siehe KB Nr. 5).

Die zwei Kernfragen bezogen sich auf das Positive und Negative der jugoslawischen Wirklichkeit. 65 Prozent der Schüler hiessen die Errungenschaften der sozialistischen Gesellschaft gut, 35 Prozent verlangten mehr Freiheit und Zeit für die persönliche Lebensgestaltung. Unterhaltung, Filme, Bücher und Sport, so heisst

---

Perons Schuldenerbe überwindend: Argentinien

Staats- und Regierungsform: Präsidiale Republik. Parlament aus Senat und Abgeordnetenhaus. Der Kongress wird alle sechs Jahre neu gewählt.

Staatsoberhaupt und Regierungschef: Arturo Frondizi, der 1958 in den ersten freien Wahlen nach dem Peron-Regime (das 1955 durch eine provisorische Regierung abgelöst worden war) gewählt wurde. Er hielt sich seither mit seinem Sanierungsprogramm durch mehrere Krisen, die letzte durch Armeekreise hervorgerufene legte er im Oktober 1960 durch die Entlassung des Verteidigungsministers bei.

Wahlberechtigt alle volljährigen Bürger, Wehrpflicht zwischen 22 und 45 Jahren. Die 22 Provinzen haben eigene Parlamente und Regierungen, Buenos Aires ist Bundesdistrikt.

Parteien: «Radikale Intransingente Bürgerunion» (UCRI) Regierungspartei; wichtigste Opposition «Radikale Bürgerunion des Volkes». Weitere Gruppen bilden die Konservativen, Linkssozialisten und Christlich-Demokraten. KP verboten.

Erziehung: Grundschulen obligatorisch und gratis. Mehrere Universitäten.

Fläche: 2 804 492 Quadratkilometer.

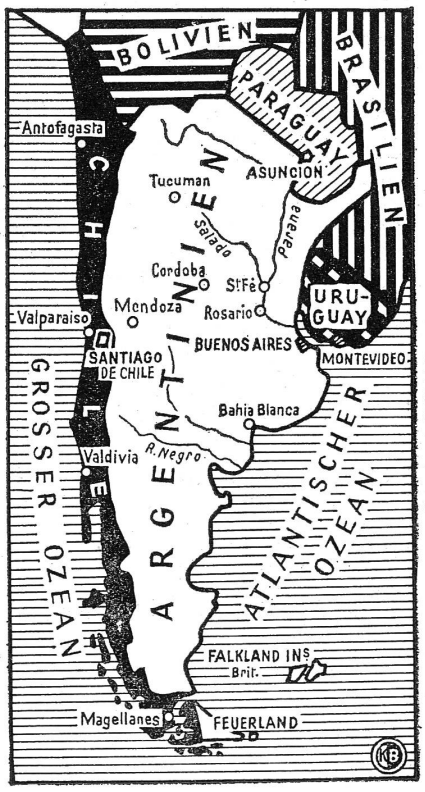
Einwohner: 21 Millionen

Religion: Neun Zehntel römisch-katholisch, protestantische und jüdische Minderheiten.

Bevölkerung: Ueber 90 Prozent Weisse, vorwiegend spanischer und italienischer Abstammung, daneben auch Minderheiten britischer, deutscher und schweizerischer Abstammung. Die nicht weisse Einwohnerschaft besteht zum Grossteil aus Mestizen; etwa 40 000 Indianer.

Städte: Hauptstadt Buenos Aires (rund 4 Millionen Einwohner), Cordoba, Mendoza, Rosario, Tucuman.

Export: Getreide, Leinsaaten, Fleisch, Wolle, Häute. Wichtigster Aussenhandelspartner: USA.



es bei diesen, sollten Vorrang vor der Politik erhalten. Als negative Aspekte der gegenwärtigen Ordnung wurden unter anderem genannt: «Vitamin B», Bürokratie, Arbeiterlöhne und die den Bauern auferlegten Steuern.

«Eindrücke aus der Schweiz — das Leben im Windschatten», so betitelte V. Djukic in der Belgrader «Politika» vom 26. Mai einen Reisebericht über unser Land. Neben allgemeinen Betrachtungen über Naturschönheiten, Arbeitsfleiss und industriellen Leistungen widmet er sich besonders der Frage des fehlenden Frauenstimmrechtes. Die Erklärung, dass die Frauen die politischen Rechte selbst nicht wünschten, scheint ihm, obwohl von männlichen Gewährsleuten stammend, einleuchtend, «denn die Frauen sind im öffentlichen Leben einflussreich». Beweis: Die Zürcher Frauenvereine. «Die Frauen haben es durchgesetzt, dass die Restaurants und Nachtlokale um Mitternacht geschlossen werden müssen. Dabei war es ihnen weniger darum zu tun, dass die Männer am Abend daheim bleiben. Vielmehr gaben sie (die Frauen) folgende Begründung: ‚Uns interessiert in erster Linie die Tatsache, dass sie (die Männer) in den Wirtshäusern ihr Geld ausgeben.'»

Maria Schell, so heisst es in der gleichen Nummer der «Politika», ist es zu verdanken, dass die kleine adriatische Insel Mana (vor der Hafenstadt Zadar) schlangenfrei ist. Denn die Schweizer Schauspielerin weigerte sich seinerzeit, an dort vorgesehenen Filmaufnahmen mitzuwirken, solange die Schlangen nicht beseitigt seien. Die ganze Bevölkerung habe sich darauf an der Ausrottungsaktion beteiligt, die so gründlich durchgeführt worden sei, dass seither — nach zwei Jahren — immer noch keines dieser Kriechtiere festzustellen sei.

Wehrausbau

Tschechoslowakei

Kriegsgesetz

Während Chruschtschew als Auftakt zu seinem «Verständigungsversuch» mit Kennedy in zahlreichen Reden vom Friedenswillen des sozialistischen Lagers sprach, erliess der sowjetische Satellit Nummer Eins, die Tschechoslowakei, ein neues Kriegsgesetz mit einschneidenden Massnahmen für die ganze Bevölkerung. Die neuen Massnahmen des Novotny-Regimes unterstellen nicht nur das ganze Land und jeden eizelnen Bewohner völlig den potentiellen militärischen Anforderungen, sondern regelt auch zu Friedenszeiten neue militärische und paramilitärische Vorbereitungen mit Vorrang gegenüber dem normalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben des Landes.

Das «Gesetz über den Schutz der CSSR» erliess die Nationalversammlung am 18. April «angesichts der grossen Wichtigkeit einer ständigen Vervollkommnung des Schutzes von Freiheit und sozialistischen Errungenschaften unseres Volkes». Seine Notwendigkeit wird mit dem blossen Bestehen der freien Welt («Solange der Imperialismus existiert, besteht auch die Gefahr einer Unterhöhlungsarbeit gegen die Republik») begründet.

Der ausführliche Text erschien nun in der Gesetzessammlung Nr. 16 «Sboirka Sakonu, Ceskoslovenske Socialisticke Republiky» und lässt die weitgehenden Forderungen des Regimes zu einer steten Kriegsbereitschaft erkennen. Artikel 6, Absatz 2 bestimmt: Zur Verteidigungsbereitschaft des Staates kann jeder Staatsbürger angehalten werden, a) in seinem Arbeitsverhältnis zu bleiben und dem Bedarf entsprechend jede Arbeit zu verrichten, die nicht zu seinem Beruf gehört, b) eine Arbeit anzunehmen, die ihm zugeteilt wird. In Artikel 7 wird die Regierung dementsprechend zur Regelung der Arbeitsverhältnisse ermächtigt.

In Artikel 9 und 10 wird nicht nur bestimmt, dass alle Mittel des nationalen Vermögens für die Verteidigung beansprucht werden «dürfen und sollen», sondern auch dem einzelnen Bürger die Pflicht auferlegt, dem Staat zur Verteidigung seine persönlichen Mittel anzubieten.

Paragraph 2 in Artikel 12 erklärt: «Die Regierung, beziehungsweise ihre Organe, können schon in Friedenszeiten die für Verteidigungsziele beanspruchten Mittel bestimmen und ihren Eigentümern deren Unterhalt vorschreiben.» Weitere Bestimmungen (Artikel 17 und 18) regeln ausführlich die Vorbereitung der Staatsbürger zur Verteidigung: militärische, körperliche und gesundheitliche Vorbereitung des Einzelnen, ferner die Befugnisse der verschiedenen militärischen und paramilitärischen Organisationen. Auch Verpflichtungen der Schulen, an der militärischen Vorbereitung teilzunehmen, wurden definiert.

Das sind die Taten, mit denen der Ostblock seine imperativen Abrüstungsaufforderungen an den Westen «im Interesse des Weltfriedens» begleitet. Totale Aufrüstung steht in den kommunistischen Ländern auf dem Programm.

Der Personalmangel in den landwirtschaftlichen Kollektivbetrieben wird in der Tschechoslowakei immer fühlbarer. Zwischen 1956 und 1960 ist die Zahl der im Agrarwesen Beschäftigten um 4482 000 zurückgegangen. Die Regierung zeigt sich um so besorgter, als es vor allem an jungen Kräften mangelt. Das Durchschnittsalter der landwirtschaftlichen Arbeiter wird von Jahr zu Jahr höher. 1955 betrug es 40,5 Jahre, letztes Jahr bereits 44,5 Jahre (in den Kollektivwirtschaften sogar 45 Jahre).

Weniger krass als in Polen, aber immerhin deutlich ersichtlich, wird auch in der CSSR der quantitative Ausbau der KP forciert, vor allem bei der Landjugend, bei der man die mangelnde Begeisterung zur landwirtschaftlichen Arbeit durch Parteidisziplin zu ersetzen hofft. Die KPC zählt heute über 1,5 Millionen Mitglieder. Im Verlauf von drei Wochen, Ende April bis Anfang Mai, wurden nicht weniger als 280 000 Kanditaten in die Partei aufgenommen. 1960 wurden viermal mehr LPG-Mitglieder aufgenommen als 1957. Im zweiten Quartal des letzten Jahres waren mehr als 60 Prozent der neuen Mitglieder junge Leute unter 26 Jahren («Rude Pravo»).

Diesen Monat wird in Strahovo bei Prag eine Studentensiedlung mit elf Wohnhäusern, einem Spital, einer Mensa und einem kulturellen Zentrum fertig erstellt. Sie wird von 5000 Studenten der Tschechischen Technischen Hochschule bewohnt, welche Zweierzimmer beziehen.

Aussenpolitik

Nicht nur Adenauer

In Prag fand eine «Internationale wissenschaftliche Konferenz über die Sicherheit Europas und die deutsche Frage» statt. Das neue Kriegsgesetz der Tschechoslowakei bot einen guten Hintergrund, um über den westdeutschen Revanchismus und die militärische Aufrüstung der Bundesrepublik zu referieren.

Bemerkenswert an der Tagung, die nicht nur von den Volksdemokratien, sondern auch noch von «Gästen» aus Grossbritannien, Frankreich, Italien und Oesterreich beschickt wurde, war die Tatsache, dass nicht nur Adenauer als reaktionäre Drohung geschildert wurde, sondern laut Berichterstattung der «Rude Pravo» vom 24. und 25. Mai ebensosehr seine Opposition. Zu denjenigen, welche in letzter Zeit ihre «zersetzende, provokative Politik» gesteigert hätten, werden auch die Sozialdemokraten und die «rechtsstehenden Gewerkschaftsleiter» aufgezählt. Offensichtlich sieht sich der Ostblock jetzt genötigt, der Tatsache ins Auge zu sehen, dass sich der überwiegende Teil der Bevölkerung der Bundesrepublik in ihrer Haltung gegen den kommunistischen Totalitarismus einig weiss.

Auffallenderweise sprach ein Redner (SBZ-Professor Walter Bartel) auch vom «westdeutschen Revisionismus». Wenn man bedenkt, dass der Ausdruck «Revisionismus» bisher nur für nicht-konformistische Kommunisten und vorzugsweise für Jugoslawien gebraucht wurde, so wird man den Erfolg der albanischen Taktik feststellen, den jugoslawischen Revisionismus durch Identifizierung mit dem westlichen «Imperialismus» zu diskreditieren.

Soziales

Sowjetunion

So kann man leben

Gleichzeitig mit der Verschärfung der Strafen für «Schädlinge an der sozialistischen Gesellschaft» haben in der Sowjetunion ganze Reihen von Prozessen gegen «Parasiten» und «Nichtstuer» begonnen. Soweit es sich um Valutaschieber und Geldfälscher handelt, droht ihnen lebenslänglicher Freiheitsentzug wenn nicht der Tod, aber trotz dieses düsteren Hintergrundes haben die Verfahren etwas Burleskes.

Jeden Tag bringen die sowjetischen Zeitungen ausführliche Berichte von Strafverhandlungen vor den ordentlichen oder gesellschaftlichen Gerichten. Bemerkenswert an diesen Schilderungen sind weniger die Delikte an sich als vielmehr die detailliert beschriebene Lebensweise der Angeklagten, die freilich mit zum Tatbestand zählt oder ihn in einigen Fällen sogar ausmacht. (Deliktisches Element: «Subjektive» — des Täters — und «objektive» — der Tat — Sozialgefährlichkeit.) In langen Reihen werden sie vorgestellt: Bourgoise Schlemmer und Bonvivants, die von Ausbeutung oder Beziehungen lebten. Gewöhnliche «Stiljagas» (Halbstarke) sind darunter, Modegecken nach westlicher Manier, aber auch höhere Wirtschaftsfunktionäre, Parteimitglieder.

Der eine, Wenjamin Naumowitsch Faierstein, war laut «Prawda» etwa Leiter des

Gosplans für Häuserbau: Aber statt der vorgesehenen Schulen liess er Privatvillen konstruieren, die er und seine Verwandtschaft selber bezog oder an Private weiterverkaufte. Gewiss, ein übles Verbrechen an der sozialistischen Gesellschaft — aber wieso konnte dies in der sozialistischen Gesellschaft so lange geschehen?

Oder die «Iswestija» beschreibt die Tätigkeit einer ganzen Bande von Spekulanten und Valutaschiebern. Schon ihre «Arbeisgewohnheiten» sind auffällig: Am Nachmittag aufstehen, anschliessend modisch aufgemacht promenieren, dann am Telephonautomaten in zehn Minuten die Geschäfte getätigt und abends bis zum frühen Morgen mit Baby Dolls ausgegangen. Und so konnte man auf ein Jahreseinkommen von mehreren Millionen alter Rubel kommen. Eben, man konnte. In der Sowjetunion.

Freilich sind diese burlesken Fälle die extremen, jene, welche die ganze Publizität erhalten. Aber sie sind doch Beispiel dafür, wie bei der Planwirtschaft das geringste Nachlassen des Druckes das ganze System undurchführbar ist. Ein Grund, weshalb es den Terror periodisch immer benötigte und immer benötigen wird.

Die meisten Opfer des neuen, verschärften Kurses sind freilich bescheidener: Junge Leute, die man unter einem dürftigen Vorwand in die Neulandgebiete verschickt, wo das Regime Arbeitskräfte braucht. Kolchosbauern, denen man die Führung einer Nebenwirtschaft untersagt, weil sie den Sonntagsbraten selber assen, statt ihn abzuliefern. Fabrikarbeiter, die als «Arbeitserziehung» zu Ueberstunden (willkommen zur Planerfüllung) verpflichtet werden, weil ihre Einstellung zur Produktion nicht genügend gesellschaftsbewusst war. So trifft es auf einen «Parasiten» grossen Stils Tausende, die nur etwas mehr vom Leben haben wollten.

Statt 150 000 Lehrbücher über Elektrizität wurden nur 10 000 herausgegeben, weil die Verlage ihr Plansoll lediglich an Buchtiteln, nicht aber an Auflagezahlen erfüllen. Das ist eines der vielen Beispiele der «Sowjetskaja Rossija», die in einem langen Artikel die fehlenden Exemplare von Studienbücher aller Art beklagt. Der Grund für die einseitige Planerfüllung ist darin zu suchen, dass die Verlage nicht mit einem unverkauften Vorrat an Büchern dastehen wollen, was ihnen als Verschwendung angekreidet wurde (in der Sowjetunion herrscht immer noch ein grosser ungedeckter Papierbedarf). Ein weiterer Extremfall: Ein Buch über Baumechanik wurde in ganzen 50 Exemplaren verlegt. Und eine weitere Beanstandung: Viele Bücher müssen so viele Fachkontrollen passieren, dass sie mit Verspätungen bis zu drei Jahren erscheinen und bereits veraltet sind.

ZEITUNGEN IM OSTBLOCK

CSSR

Rude Pravo

(Rotes Recht), Organ des ZKs der KPC. Vielleicht die am schlechtesten redigierte, charakterloseste Parteizeitung hinter dem Eisernen Vorhang. Keine selbständige Kritik, servile Billigung der sowjetischen Linie. Viel westfeindlicher als die übrigen Parteiblätter —, auch die «Prawda» inbegriffen.

Prace

(Arbeit), Organ der «Revolutionären Gewerkschaftsbewegung». Bedeutend besser redigiertes Blat als die «Rude Pravo». Arbeitsprobleme und Erzählungen.

Pravda

(Wahrheit), Organ des ZKs der KP der Slowakei, die «Rude Pravo» der Slowakei. Diese Zeitung ist aber bedeutend kritischer als die Schwesterzeitung in Prag.

Uj szo

(Neues Wort), Blatt des ZKs der KP der Slowakei, Tageszeitung der grössten Minderheit der CSSR — der Ungarn. Umfangreicher und viel kritischer, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, als die übrigen Blätter. Hauptaufgabe ist die Erziehung der ungarischen Minderheit im Geist des Sozialismus.

Nova mysl

(Neuer Geist), Monatszeitschrift des ZKs der KPC. Gut redigierte Zeitschrift, entspricht vollständig dem «Kommunist» in der Sowjetunion.

SBZ

Neues Deutschland

Sprachrohr der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED = Kommunisten), führende Tageszeitung, als parteiamtlich zu betrachten. Bedeutende Erklärungen und Aeusserungen der obersten Führung meistens im Wortlaut. Kommentare und Stellungnahmen sind als offiziell zu betrachten und werden in der Regel von den übrigen Zeitungen der Zone übernommen.

Leipziger Volkszeitung

Zweitgrösste Zeitung, nur im lokalen Teil selbständig.

Ostsee-Zeitung

Politische Bedeutung als Propagandablatt für die skandinavischen Staaten. Inhaltliche Besonderheit: Ausführliche Behandlung von Schiffahrts- und Seehandelsfragen.

Einheit

Organ des Zentralkomitees der SED, führende ideologische Monatszeitschrift, gilt als offizielles Sprachrohr für theoretische Probleme des Marxismus-Leninismus.

Die Arbeit

Organ des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB). Dient neben der parteipolitischen Beeinflussung der Arbeiterschaft auch dazu, den Werktätigen unbeliebte Regierungsmassnahmen schmackhaft zu machen.

In der SBZ erscheinen 40 politische Tageszeitungen, 27 Wochenzeitungen, 526 Zeitschriften und rund 1000 Betriebs- und Dorfzeitungen.

Die sowjetzonale Presse ist im Ostblock die einzige, die den scharfen, offensiven Ton der stalinistischen Aera unverändert beibehalten hat. Die Sprache ist umständliches «Parteideutsch» und strotzt von plumpen Klischee-Wendungen. Ueberdies findet man zahlreiche Kraftausdrücke, die man seinerzeit im nationalsozialistischen «Völkischen Beobachter» lesen konnte.

Curriculum der Woche

MSTISLAW WSEWOLODOWITSCH KELDISCH

Zum neuen Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR wurde ihr bisheriger Vizepräsident, Mstislaw Wsewolodowitsch Keldisch, ein Naturwissenschafter, ernannt. KP-Mitglied seit 1949.

Geboren am 10. Februar 1911. Hochschulbildung an der physikalisch-mathematischen Fakultät der Staatlichen Universität mit Studienabschluss 1931. Darnach Eintritt in das Zentrale Aero-Hydrodynamische Institut Moskau. Seine Forschungen betrafen u. a. das Verhalten fester Körper in Wasser- und Luftströmungen, die Auswirkungen von Luftdruck, die Theorie der Wellenbewegung. 1934 Doktorand am Aerodynamischen Institut und am mathematischen Institut W. A. Steklow. 1938 verteidigte er seine Dissertation und wurde Doktor der physikalisch-mathematischen Wissenschaften. Unter seiner Leitung wurden während mehreren Jahren Versuche an Flugzeugen auf dem Gebiet der Vibration durchgeführt. Ihm wird teilweise der Verdienst zugeschrieben, dass das sogenannte «Flattern» (d. h. das Schwanken der Flugzeugflügel unter dem Einfluss des Luftdrucks) beim Bau neuer Flugzeuge ausgemerzt werden konnte.

Keldisch, der sich auch Studien in Mathematik und Mechanik widmete, war seit 1932 Dozent, später Professor an der Moskauer Staatlichen Universität, ferner Leiter verschiedener wissenschaftlicher Seminarien. 1943 zum korrespondierenden, 1946 zum ordentlichen Mitglied der Akadamie der Wissenschaften ernannt, zu deren Präsidium er seit 1953 gehört. Seine Ernennung zum Vizepräsidenten erfogte 1960.

Vielfach ausgezeichnet, darunter mit dem Lenin- und Stalinpreis. Mitglied des Komitees zur Verleihung der Leninpreise, aktive Teilnahme an zahlreichen akademischen Institutionen («Sowjetskaja Rossija», 20. 5. 61).

Die Buchbesprechung

Meine Danziger Mission 1937–1939

von Carl J. Burckhardt.
Verlag Fretz & Wasmuth, Zürich.

Der Verfasser gibt in diesem Buch seine Berichte wieder, die er als letzter Hoher Kommissar des Völkerbundes für die Freie Stadt Danzig an das Generalsekretariat in Genf einsandte. Burckhardt hat seine Berichte lediglich kommentiert, durch historische Einleitungen zu den Kapiteln verständlich gemacht und durch persönliche Erinnerungen ergänzt.

Es zeigt sich, dass sich an den Danziger Vorgängen alle Phasen, die das Unheil heraufführten, wie an einem Seismographen ablesen liessen — eine Erkenntnis, die nur sehr wenige Menschen und verantwortliche Politiker mit Carl Burckhardt teilten. Abgesehen von seinem sachlichen Wert für die Vorgeschichte des letzten Weltkrieges, zeugt das Buch von einer Menschenkenntnis und Welterfahrung. Wissen um das geschichtlich Begründete, ungetrübtem Blick für das augenblicklich Geforderte und Hellsicht für das Kommende, wie sie heutzutage so notwendig sind.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum.

DER KLARE BLICK

7. Juni 1961

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe, Swiss Press Review and News Report.

Unser Memo

In China werden an Brücken, Tunnels oder Geleiseabschnitten neuerdings die Namensschilder der dort tätigen Eisenbahnarbeiter angebracht, um deren Verantwortlichkeit für die betreffende Arbeit ersichtlich zu machen. Das System wurde im März eingeführt und hat sich seitdem, wie die Pekinger «Hsin Hua» stolz vermerkt, sehr gut bewährt. Die Arbeiter inspizieren jetzt häufig die ihnen zugewiesenen Abschnitte (vermutlich in ihrer Freizeit) und führen auf eigene Initiative Reparaturen durch. Ein ähnliches Kontrollsystem wird beim Lokomotivbau verwendet. Das sind die Ausdrücke des sogenannten «Veranwortlichkeitssystems». Seine strengere und konsequentere Befolgung wird gegenwärtig in der Parteipresse in einer der vielen chinesischen Kampagnen verlangt, da die laxe Handhabung immer noch zuviele Fehlerquellen zulasse. Die Festlegung der Verantwortung geht dabei hierarchisch von oben nach unten: vom Leiter der Arbeitsbrigade zum Leiter der Arbeitsgruppe und zum einzelnen Werktätigen. Gebot ist, dass keine einzige Lücke besteht: Für den geringsten Teil der Arbeit muss ein Arbeiter persönlich verantwortlich gemacht werden können. Schliesslich ist es sein Paradies. Daher die Täfelchen.

Im kommunistischen System wird der Arbeiter proportional mit der fortschreitenden Entwicklung immer stärker unterjocht. Seine Befreiung vom Kapitalismus führt über die Teilnahme am Kollektivbetrieb zur Sklaverei im parteigelenkten Staatsapparat. (Beim Bauern folgt nach der Aufteilung der Güter ihre Erfassung im Kolchos, dann die Uebernahme durch den Staat.) Die Entwicklung zeigt sich auch in den kommunistischen Ländern Europas: In der Sowjetunion wird mit neuen Strafen und «gesellschaftlichen Erziehungsmassnahmen» eine schärfere Arbeitsdisziplin durchgedrückt. In der SBZ brachte das neue Arbeitsgesetz erhöhte Leistungsforderungen statt Entlöhnung nach Arbeitszeit. («Das Leistungsprinzip auf der Grundlage exakter Normen regt alle Arbeiter an, ihre Leistung ständig nach dem Beispiel der Besten zu erhöhen», «Die Arbeit», Ostberlin.) In Ungarn sind die Arbeitsnormen der Werktätigen erhöht worden. («Wir haben zum vornherein gewusst, dass die Normerhöhung nicht von Hochrufen begleitet sein wird, aber der Fortschritt des Landes, das Interesse des werktätigen Volkes fordert, dass wir billiger und besser produzieren», Janos Kadar.) Gleich läuft die Tendenz in der Tschechoslowakei und in Bulgarien. In Polen ist man noch im sozialistischen Stadium der Kollektivierung, wird aber auch zur Stufe des absoluten Arbeitsdrills kommen. «Der Fortschritt des Landes», die kommunistische Entwicklung fordert es. Das ist heute der Unterschied der Systeme: in der «kapitalistischen» Gesellschaft fordert der Arbeiter, in der kommunistischen Gesellschaft wird von ihm gefordert.

Der Schnappschuss

Die Angehörigen des Sicherheitsdienstes im tschechoslowakischen Innenministerium müssen in ihrem neu formulierten Amtseid u. a. schwören, «dass ich die Feinde der Sowjetunion überall entschieden bekämpfen werde». Schwur der Kolonie.

«Rohre gegen Rosen» überschreibt die «Ekonomitscheskaja Gasjeta» einen Artikel über Misswirtschaft in der Giessereiund Stahlindustrie des Wirtschaftsbezirkes Tscheljabinsk, der schon letztes Jahr 10 000 Tonnen Walzmetall «schuldig geblieben» war. Die verantwortlichen Leiter beliefern nun eigene Fabriken, um deren Planerfüllung zu garantieren, kümmern sich aber sonst um keine Verpflichtungen, so dass eine Pipeline nicht rechtzeitig fertig erstellt werden konnte. Einzelne Betriebe tätigten auch überflüssige Lieferungen nach dem Kaukasus und erhielten dafür von einer dortigen Sowchose — Rosen und Palmen.

*

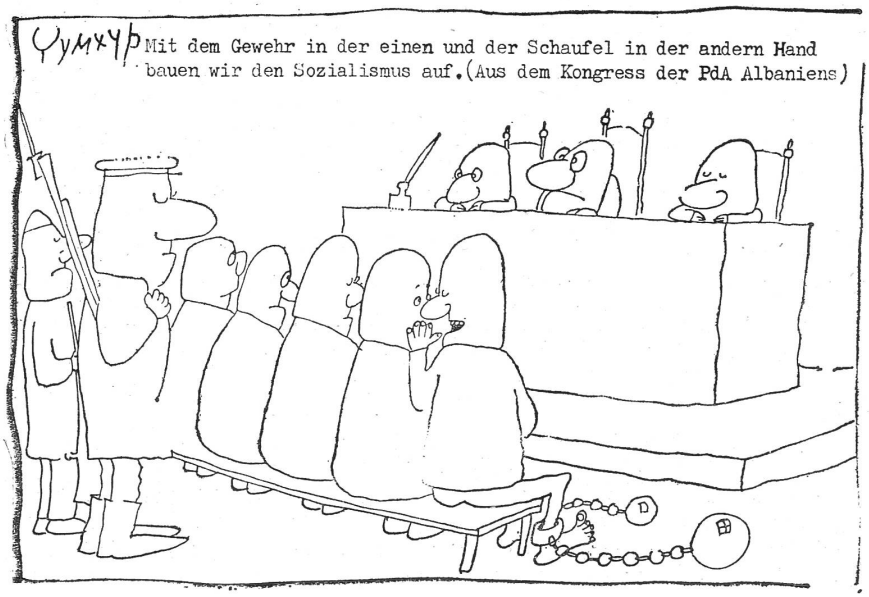
Arbeitsprämien werden in Ungarn nicht als Lohn für zustäzliche Leistung der Werktätigen ausbezahlt, sondern als Gehaltszulage für höhere Beamte. Im Gebiet Szolnok wurden letztes Jahr dreieinhalb Millionen Forint an Prämien vergeben. Die Belegschaft der Schwerindustrie erhielt davon 1,8 Prozent, die Arbeiter der Leichtindustrie überhaupt nichts. Der Löwenanteil ging an «Investitionsfunktionäre, Statistiker, Hauptbuchhalter, Revisoren und Direktoren.»

*

Diese Woche begann in China eine neue Kampagne gegen die Fliegen. Die Pekinger Presse forderte die Bevölkerung auf, «sich in den Kampf zu stürzen und die Fliegen völlig auszurotten.» Zwischen der letzten Fliegenbekämpfungsaktion und dieser hatte sich die ganze Bevölkerung auf die Jagd nach den saatengefährdenden Spatzen machen müssen, mit dem Erfolg, dass die Insektenplage wiederum ungeheure Ausmasse annahm.

Titos Gericht über Hodschas Gericht

Der gross aufgezogene Spionageprozess in Tirana, durch den Hodscha mit seinen innenpolitischen Feinden abrechnen und seine aussenpolitischen Feinde blossstellen wollte, hat kaum in einem andern Lande so ausführliche und so bissige Kommentare gefunden wie in Jugoslawien, dessen Spannungen mit dem südlichen Nachbarn sich noch weiter verschärften. Albanien, das seine Beziehungen zu China deutlich auf Kosten Mokaus und der europäischen Satelliten immer stärker ausbaut, versuchte in diesem Schauprozess, eine Konspiration jugoslawischer Revisionisten mit amerikanischen Imperialisten gegen die Regierung «nachzuweisen».



Belgrad, das das Hodscha-Regime seinerseits zahlreicher Spionagefälle und Verschwörungen bezichtigte, hat das Verfahren in der albanischen Hauptstadt zum Anlass zahlreicher sarkastischer Angriffe genommen. Die Darstellung der Belgrader «Politika» vom 28. Mai ist hiefür bezeichnend. Das von der albanischen KP (sie nennt sich übrigens Partei der Arbeit) entworfene Bild des Mannes, der mit Gewehr und Schaufel für sein Vaterland einsteht, wird einmal mehr hochgenommen: «Jetzt ist mir der Ausdruck klar», meint ein Angeklagter zum andern. «Das Gewehr ist zum Erschiessen und die Schaufel zum Begraben.»

Die pathetische Formulierung war schon bei den fortgesetzten Grenzzwischenfällen persifliert worden: Das Gewehr gegen die Grenzbevölkerung, die Schaufel zum Versetzen der Grenzsteine u. ä.

Die jetzige Version ist nicht nur makaber, sondern trifft auch nicht weit daneben, wurden in Tirana doch mehrere Todesurteile gefällt und vollstreckt.